

Antrag

der Abgeordneten Stefan Keuter, Markus Frohnmaier, Joachim Wundrak, Tino Chrupalla, Dr. Alexander Gauland, Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, Eugen Schmidt, René Springer, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Dietmar Friedhoff, Dr. Michael Kaufmann, Tobias Matthias Peterka, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Kein deutsches Steuergeld für die Tätigkeit der Vereinten Nationen in Afghanistan gewähren – Mögliche Zahlungen an die Taliban aufklären

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach einem in die Presse gelangten internen UN-Bericht wollten die Vereinten Nationen im Jahr 2022 sechs Millionen Dollar an die radikalislamischen Taliban zahlen. „Die Mittel würden 2022 zur Subventionierung der monatlichen Löhne von Taliban-Kämpfern, die UN-Einrichtungen bewachen, und zur Bereitstellung eines monatlichen Lebensmittelzuschusses im Rahmen eines Abkommens mit der früheren US-gestützten afghanischen Regierung gezahlt werden“ (vgl. <https://www.diepresse.com/6077227/uno-zahl-taliban-sechs-millionen-dollar-fuer-sicherheit-der-mitarbeiter?from=rss>).

Deutschland ist der zweitgrößte Geber von humanitärer Hilfe weltweit (vgl. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-898994>). Zudem war die Bundesrepublik im vergangenen Jahr „Co-Gastgeber einer großen Afghanistangeberkonferenz, bei der rund 2,4 Mrd. Dollar an humanitärer Hilfe zugesagt wurden. Hier hat Deutschland für 2022 nochmals 200 Mio. Euro zugesagt“ (vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/afghanistan-node/aktionsplan-afg/2538622>). Zusätzlich setzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Entwicklungshilfemittel zur Deckung der Grundbedürfnisse der afghanischen Bevölkerung ein. Insgesamt ist Deutschland laut dem Auswärtigen Amt mit 600 Millionen Euro weltweit der größte Geber an humanitärer Hilfe für Afghanistan (vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2538718/e82b2fa9e8558c6460d8e77cbd2e9ef8/220623-afg-bilanz-pdf-data.pdf>, S. 8).

Der Bundesrepublik Deutschland kommt daher eine besondere Verantwortung zu, was die zweckgemäße und nicht missbräuchliche Verwendung deutschen Steuergelds angeht.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. auf Ebene der Vereinten Nationen eine umfassende Aufklärung über die Zahlung von Schutzgeld durch die Vereinten Nationen an die Taliban zu verlangen;
 2. bis zur Erstellung eines Berichts über die Zahlung von Schutzgeld durch die Vereinten Nationen die deutschen Zahlungen an UN-Organisationen, Programme und Projekte in Afghanistan einzustellen.

Berlin, den 24. September 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt